

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2000

Ausgegeben am 7. Dezember 2000

Teil III

212. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über soziale Sicherheit
(NR: GP XX RV 1718 AB 1838 S. 171. BR: AB 5937 S. 655.)

213. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über soziale Sicherheit

212.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über soziale Sicherheit

Die Republik Österreich

und

die Republik Polen,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
2. „zuständige Behörde“
die Bundesminister oder Minister, die für die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften zuständig sind;
3. „Wohnort“
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
4. „Aufenthalt“
den vorübergehenden Aufenthalt;
5. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
6. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
7. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;

8. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Beitrags-
erstattungen.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
 1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sondersicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld;
 2. auf die polnischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Leistungen für den Fall der Krankheit und Mutterschaft,
 - b) die Versicherungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
 - c) die Pensionsversorgung der Arbeitnehmer einschließlich der Versorgungssysteme für Bergleute und Eisenbahner sowie die Pensionsversorgung für andere Gruppen mit Ausnahme der Sondersysteme für Polizei, Amt für Staatsschutz, Grenzschutz, staatliche Feuerwehr, Justizverwaltung und Berufssoldaten,
 - d) die Arbeitslosenzuschüsse.

(2) Soweit Absatz 3 nichts anderes bestimmt, bezieht sich dieses Abkommen auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten,
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.

- (2) Absatz 1 berührt nicht
 - a) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
 - c) die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für polnische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht auf

- a) die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften,
- b) die besonderen Ausnahmeleistungen nach den polnischen Rechtsvorschriften.

Abschnitt II

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Artikel 6

Allgemeine Regelungen

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Wird ein Dienstnehmer, der im Gebiet eines Vertragsstaates von einem Unternehmen beschäftigt wird, von diesem Unternehmen zur Ausführung einer Arbeit für dessen Rechnung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten bis zum Ende des 24. Kalendermonates nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

(4) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

Abschnitt III**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Krankheit und Mutterschaft****Artikel 10****Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11**Sach- und Geldleistungen**

(1) Ein Dienstnehmer, der die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und sich in Ausübung seiner Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, sowie die ihn begleitenden Familienangehörigen haben Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wären, wenn ihr Zustand sofort die Gewährung solcher Leistungen erforderlich macht.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt, es sei denn, daß die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden.

(3) Im Falle des Absatzes 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(4) Die vorhergehenden Absätze sind auch auf österreichische Versicherte und deren Familienangehörige, welche die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllen und die sich im Gebiet der Republik Polen aufhalten, entsprechend anzuwenden.

Artikel 12**Träger des Aufenthaltsortes**

In den Fällen des Artikels 11 werden die Sachleistungen gewährt:

in der Republik Österreich

von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,

in der Republik Polen

von den für den Aufenthaltsort der betreffenden Person in Betracht kommenden öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge.

Artikel 13**Kostenerstattung**

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsortes die nach Artikel 11 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Kapitel 2 **Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten**

Artikel 14

Sach- und Geldleistungen

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt:

in der Republik Österreich

von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung,

in der Republik Polen

von den für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden öffentlichen Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge.

(3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 13 entsprechend.

(4) Im Falle des Absatzes 1 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

Artikel 15

Berufskrankheiten

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 16

Entschädigung von Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen mit Ausnahme der Renten im Falle sklerogener Pneumokoniose nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Im Falle sklerogener Pneumokoniose hat der zuständige Träger jedes Vertragsstaates nur jenen Teil der Rente zu gewähren, der dem Verhältnis der Dauer der nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates nach Artikel 17 Absatz 1 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zur Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten entspricht.

(3) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften. Der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen und Renten)

Artikel 17

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) Verlängern nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Zeiten der Gewährung einer Pension oder Rente den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Gewährung einer Pension oder Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates.

Artikel 18

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht auf Grund dieser Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch nach diesen Rechtsvorschriften, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren.

(2) Die Versicherungszeiten nach Absatz 1 sind vom zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Artikel 19

Feststellung der österreichischen Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Artikel 20

Feststellung der polnischen Leistungen

(1) Besteht nach den polnischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 17 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige polnische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den polnischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Sind die Voraussetzungen für den Erwerb des Leistungsanspruches nach den polnischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 17 erfüllt, so gewährt der zuständige polnische Träger eine Leistung, deren Höhe grundsätzlich dem Verhältnis entspricht, in dem die nach polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu den zusammengerechneten Versicherungszeiten stehen. Hierbei stellt der polnische Träger für die Feststellung der polnischen Leistung die Bemessungsgrundlage in Anwendung der polnischen Rechtsvorschriften fest. Er berechnet sodann den theoretischen Betrag der Leistung, auf den der Berechtigte Anspruch hätte, wenn die zusammengerechneten Versicherungszeiten nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Der polnische Träger ermittelt anschließend den tatsächlich geschuldeten Betrag der Leistung nach dem Verhältnis zwischen den nach den polnischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und den zusammengerechneten Versicherungszeiten.

Kapitel 4

Arbeitslosigkeit

Artikel 21

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens die Hälfte der Zeit, die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates für den Anspruch auf diese Leistung erforderlich ist, ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestbeschäftigungszeit in dem Vertragsstaat, in dem die Leistung beantragt wird, gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung mindestens für den Zeitraum nach Absatz 1 in Aussicht genommen war, jedoch vor Erfüllung der Mindestbeschäftigungszeit ohne ihr Verschulden geendet hat, oder welche die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates besitzen, in dem sie die Leistung beantragen.

Artikel 22

Bezugsdauer

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

Abschnitt IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 23

Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen in Durchführung der Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, werden sie vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes der betreffenden Person zu seinen Lasten veranlaßt.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 24

Verbindungsstellen

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 25

Befreiung von Steuern und Beglaubigungen

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 26

Datenschutz

(1) Werden personenbezogene Daten auf Grund dieses Abkommens oder der Vereinbarung zu seiner Durchführung zwischen den Behörden oder Trägern der beiden Vertragsstaaten übermittelt, so gilt für diese Datenübermittlung das Datenschutzrecht des übermittelnden Vertragsstaates. Für jede Weiterleitung sowie für Speicherung, Veränderung und Löschung durch den Empfängerstaat gilt das Datenschutzrecht des Empfängerstaates. Der Empfängerstaat hat dabei bemüht zu sein, im wesentlichen ein Schutzniveau sicherzustellen, das dem im Einzelfall im übermittelnden Vertragsstaat anwendbaren Schutzniveau entspricht.

(2) Die Verwendung der personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als denen der sozialen Sicherheit darf nur mit dem Einverständnis der betroffenen Person erfolgen.

Artikel 27

Einreichung von Schriftstücken

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 28

Zahlungsverkehr

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können die Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung oder in einer anderen konvertierbaren Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 29

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 30

Verrechnung von Vorschüssen

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 31

Schadenersatz

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von Ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 32
Streitbeilegung

Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

Abschnitt V
Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 33
Übergangsbestimmungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Bei Anwendung des Absatzes 2 gelten vor dem 27. November 1961 im Gebiet der Republik Polen zurückgelegte Versicherungszeiten, die nach den österreichischen Rechtsvorschriften über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensionsversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland als Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, ausschließlich als österreichische Versicherungszeiten.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(5) Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, sind auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens an festzustellen. Wird der Antrag binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(6) Leistungen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

Artikel 34
Schlußbestimmungen

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall tritt es mit Ende dieses Kalenderjahres außer Kraft.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Warschau, am 7. September 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Eleonora Hostasch

Für die Republik Polen:
Longin Komolowski

UMOWA
MIĘDZY REPUBLIKĄ AUSTRII
A RZECZĄPOSPOLITĄ POLSKĄ
O ZABEZPIECZENIU SPOŁECZNYM

Republika Austrii
oraz
Rzeczpospolita Polska

pragnąc uregulować wzajemne stosunki między obu Państwami
w dziedzinie zabezpieczenia społecznego,

uzgodniły, co następuje:

ROZDZIAŁ I**POSTANOWIENIA OGÓLNE****Artykuł 1****Definicje**

(1) W niniejszej Umowie następujące określenia oznaczają:

1. “przepisy prawne”
ustawy, rozporządzenia, statuty, które odnoszą się do gałęzi zabezpieczenia społecznego wymienionych w artykule 2 ustęp 1;
2. “właściwa władza”
Federalnych Ministrów lub Ministrów, posiadających kompetencje do stosowania przepisów prawnych wymienionych w artykule 2 ustęp 1;
3. “miejsce zamieszkania”
miejsce stałego pobytu;
4. “miejsce pobytu”
miejsce czasowego pobytu;
5. “instytucja”
organizację albo władzę, której obowiązkiem jest stosowanie przepisów prawnych wymienionych w artykule 2 ustęp 1 lub ich części;
6. “właściwa instytucja”
instytucję, w której osoba jest ubezpieczona w chwili składania wniosku o przyznanie świadczenia lub od której ma albo miała prawo uzyskać świadczenia, jeśli przebywała na terytorium Umawiającej się Strony, gdzie ostatnio była ubezpieczona;
7. “członek rodziny”
członka rodziny w myśl przepisów prawnych Umawiającej się Strony gdzie ma swoją siedzibę instytucja zobowiązana do udzielania świadczeń;

8. “okresy ubezpieczenia”
okresy uiszczania składek, okresy zatrudnienia i okresy z nimi zrównane, w zakresie przyjętym przez przepisy prawne obu Umawiających się Stron;
9. “świadczenie pieniężne”, “renta” lub “emerytura”
świadczenie pieniężne, rentę lub emeryturę, włącznie ze wszystkimi ich składnikami obciążającymi fundusze publiczne, wszystkimi dodatkami, podwyżkami rewaloryzacyjnymi, jak również ze świadczeniami skapitalizowanymi, zwrotami wkładów;

(2) Inne pojęcia w niniejszej Umowie mają znaczenie zgodne z przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron.

Artykuł 2

Zakres przedmiotowy

(1) Niniejsza Umowa odnosi się

1. do austriackich przepisów prawnych o:

- a) ubezpieczeniu chorobowym,
- b) ubezpieczeniu wypadkowym,
- c) ubezpieczeniu emerytalnym, z wyjątkiem odrębnego ubezpieczenia na rzecz notariatu,
- d) zasiłku dla bezrobotnych;

2. do polskich przepisów prawnych o:

- a) świadczeniach z tytułu choroby i macierzyństwa,
- b) ubezpieczeniu w razie wypadków przy pracy i chorób zawodowych,
- c) zaopatrzeniu emerytalnym pracowników włącznie z systemami zaopatrzenia górników i kolejarzy oraz zaopatrzeniu innych grup z

wyłączeniem systemów specjalnych obejmujących funkcjonariuszy Policji, Urzędu Ochrony Państwa, Straży Granicznej, Państwowej Straży Pożarnej, Służby Więziennej i żołnierzy zawodowych,

d) zasiłkach dla bezrobotnych.

(2) Jeśli ustęp 3 nie stanowi inaczej niniejsza Umowa dotyczy również wszystkich przepisów prawnych, które obejmują, zmieniają lub uzupełniają przepisy prawne wymienione w ustępie 1.

(3) Niniejsza Umowa nie odnosi się do przepisów prawnych dotyczących nowego systemu lub nowej gałęzi ubezpieczenia społecznego oraz do systemów na rzecz ofiar wojny i jej skutków.

Artykuł 3

Zakres podmiotowy

Niniejszą Umowę stosuje się:

- a) do osób, które podlegają lub podlegały przepisom prawnym jednej lub obu Umawiających się Stron,
- b) do innych osób, o ile wywodzą one swoje prawa od osób wskazanych w punkcie a).

Artykuł 4

Równe traktowanie

(1) Jeżeli Umowa niniejsza nie stanowi inaczej, przy stosowaniu przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, obywatele drugiej Umawiającej się Strony traktowani są na równi z jej obywatelami.

(2) Ustęp 1 nie narusza:

- a) Przepisów prawnych obu Umawiających się Stron dotyczących udziału ubezpieczonych i pracodawców w organach instytucji i

związków oraz ich udziału w orzekaniu w sprawach z zakresu zabezpieczenia społecznego.

b) Regulacji prawnych dotyczących zobowiązań z tytułu ubezpieczenia określonych w międzynarodowych umowach zawartych przez obie Umawiające się Strony z innymi państwami.

c) Przepisów prawnych obu Umawiających się Stron dotyczących ubezpieczenia osób zatrudnionych w oficjalnych przedstawicielstwach jednej z Umawiających się Stron w państwach trzecich lub dotyczących osób zatrudnionych u członków takich przedstawicielstw.

(3) Postanowienie ustępu 1 obowiązuje w świetle austriackich przepisów prawnych o uwzględnianiu okresu służby wojskowej w czasie wojny lub w okresach równorzędnych tylko wobec tych obywateli polskich, którzy posiadali obywatelstwo austriackie bezpośrednio przed dniem 13 marca 1938 roku.

Artykuł 5

Transfer świadczeń

(1) Jeśli niniejsza Umowa nie stanowi inaczej, emerytury, renty i inne świadczenia pieniężne, z wyjątkiem świadczeń z tytułu bezrobocia, do których przysługuje prawo na podstawie przepisów prawnych jednej z Umawiających się Stron, nie mogą ulec redukcji, zmianie, zawieszeniu, uchyleniu ani przepadkowi z tego powodu, że uprawniony mieszka na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Ustęp 1 nie odnosi się do:

a) dodatku wyrównawczego według austriackich przepisów prawnych,

b) świadczeń wyjątkowych według polskich przepisów prawnych.

ROZDZIAŁ II

OKREŚLENIE STOSOWANEGO USTAWODAWSTWA

Artykuł 6

Postanowienia ogólne

Jeżeli artykuły 7 i 8 nie stanowią inaczej, osoba wykonująca działalność zarobkową podlega obowiązkowi ubezpieczenia zgodnie z przepisami prawnymi tej Umawiającej się Strony, na której terytorium działalność jest wykonywana. To samo dotyczy osoby niesamodzielnie zarobkującej w przypadku gdy jej miejsce zamieszkania lub siedziba pracodawcy znajdują się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 7

Postanowienia szczególne

(1) Jeżeli pracownik zatrudniony w przedsiębiorstwie znajdującym się na terytorium jednej Umawiającej się Strony zostanie wysłany przez to przedsiębiorstwo na terytorium drugiej Umawiającej się Strony celem wykonywania pracy na jego rachunek, to do końca 24 miesiąca kalendarzowego od jego wysłania obowiązują wobec niego nadal przepisy prawne pierwszej Umawiającej się Strony, tak jakby był on wciąż zatrudniony na jej terytorium.

(2) Pracownik linii lotniczych mających siedzibę na terytorium jednej Umawiającej się Strony wysłany z jej terytorium na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, podlega nadal przepisom prawnym pierwszej Umawiającej się Strony, tak jakby był on wciąż zatrudniony na jej terytorium.

(3) Załoga statku morskiego oraz inne osoby zatrudnione na statku morskim nie tylko na okres przejściowy, podlegają przepisom prawnym tej Umawiającej się Strony, pod której banderą statek pływa.

(4) Urzędnicy i personel z nimi zrównany podlegają przepisom prawnym tej Umawiającej się Strony, której urząd je zatrudnia.

Artykuł 8

Personel placówek dyplomatycznych i urzędów konsularnych

(1) Przepisy prawne państwa delegującego mają zastosowanie wobec członków przedstawicielstw dyplomatycznych lub urzędów konsularnych oraz prywatnej służby domowej zatrudnionej u członków tych przedstawicielstw lub urzędów konsularnych oddelegowanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wobec pracowników wymienionych w ustępie 1, którzy nie zostali oddelegowani, mają zastosowanie przepisy prawne tej Umawiającej się Strony, na której terytorium są oni zatrudnieni. Jeżeli są oni obywatelami drugiej Umawiającej się Strony mogą jednakże w ciągu trzech miesięcy od rozpoczęcia zatrudnienia wybrać zastosowanie wobec nich przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 9

Wyjątki

(1) Właściwe władze obu Umawiających się Stron mogą w drodze wspólnego porozumienia, na wspólny wniosek pracownika i jego pracodawcy, uzgodnić wyjątki od stosowania postanowień artykułów od 6 do 8, przy czym uwzględnią rodzaj i okoliczności zatrudnienia.

(2) Jeśli w myśl ustępu 1 pracownik podlega przepisom prawnym pierwszej Umawiającej się Strony, mimo że jest zatrudniony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, to stosuje się wobec niego przepisy prawne tak, jakby był zatrudniony na terytorium pierwszej Umawiającej się Strony.

ROZDZIAŁ III

PRZEPISY SZCZEGÓLNE

DZIAŁ 1

Choroba i macierzyństwo

Artykuł 10

Zliczanie okresów ubezpieczenia

Jeśli osoba przebyła okresy ubezpieczenia zgodnie z przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron, to okresy te są zliczane na prawo do świadczeń i czas ich przysługiwania, o ile nie przypadają na ten sam okres.

Artykuł 11

Świadczenia rzeczowe i pieniężne

(1) Jeśli pracownik spełnia warunki do uzyskania świadczeń według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, a przebywa na terytorium drugiej Umawiającej się Strony w związku z wykonywaniem zatrudnienia, to zarówno on jak i towarzyszący mu członkowie rodziny, mają prawo do otrzymania świadczeń rzeczowych na koszt właściwej instytucji od instytucji miejsca pobytu zgodnie z przepisami obowiązującymi tę instytucję, tak jakby instytucja ta była ich właściwą instytucją ubezpieczeniową w przypadku, gdy ze względu na ich stan wymagają oni natychmiastowego udzielenia im takich świadczeń.

(2) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, przyznanie pracownikowi prawa do protezy, większych środków pomocy lub innych świadczeń rzeczowych o większym znaczeniu zależy od zgody właściwej instytucji, chyba że udzielenie świadczenia nie może być odsunięte w czasie bez poważnego zagrożenia życia lub zdrowia osoby.

(3) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, właściwa instytucja udziela świadczeń pieniężnych według obowiązujących ją przepisów prawnych.

(4) Powyższe ustępy stosuje się również odpowiednio do austriackich ubezpieczonych i członków ich rodzin, którzy według austriackich przepisów prawnych spełniają konieczne warunki odnośnie prawa do świadczeń i którzy przebywają na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 12

Instytucja miejsca pobytu

W przypadkach, o których mowa w artykule 11, świadczenia rzeczowe są udzielane

w Republice Austrii

przez właściwą dla miejsca pobytu danej osoby
Gebietskrankenkasse (Terenową Kasę Chorych),

w Rzeczypospolitej Polskiej

przez właściwe dla miejsca pobytu danej osoby publiczne zakłady
opieki zdrowotnej.

Artykuł 13

Zwrot kosztów

(1) Właściwa instytucja zwraca instytucji miejsca pobytu koszty poniesione zgodnie z artykułem 11, za wyjątkiem kosztów administracyjnych.

(2) W celu uproszczenia procedury administracyjnej właściwe władze mogą w drodze porozumienia uzgodnić, że wydatkowane we wszystkich lub w określonych grupach wypadków kwoty będą zwracane zamiast rozliczeń jednorazowych w postaci kwot zryczałtowanych.

DZIAŁ 2**Wypadki przy pracy i choroby zawodowe****Artykuł 14****Świadczenia rzeczowe i pieniężne**

(1) Osobie uprawnionej do świadczeń z tytułu wypadku przy pracy lub choroby zawodowej w myśl przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, i która przebywa lub zamieszkuje na terytorium drugiej Umawiającej Strony, przysługuje prawo do świadczeń rzeczowych od instytucji miejsca pobytu albo miejsca zamieszkania, tak jak gdyby była ona ubezpieczona w tej instytucji zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi, na koszt instytucji właściwej. Artykuł 11 ustęp 2 stosuje się odpowiednio.

(2) W przypadkach, o których mowa w ustępie 1, świadczenia rzeczowe udzielane są:

w Republice Austrii

przez właściwą dla miejsca pobytu lub zamieszkania osoby zainteresowanej Gebietskrankenkasse (Terenową Kasę Chorych) lub przez inną instytucję ubezpieczenia wypadkowego,

w Rzeczypospolitej Polskiej

przez właściwe dla miejsca pobytu lub zamieszkania osoby zainteresowanej publiczne zakłady opieki zdrowotnej.

(3) W sprawie zwrotu kosztów powstałych zgodnie z ustępem 1 stosuje się odpowiednio artykuł 13.

(4) W przypadku, o którym mowa w ustępie 1, właściwa instytucja udziela świadczeń pieniężnych według obowiązujących ją przepisów prawnych.

Artykuł 15

Choroby zawodowe

(1) Jeśli przyznanie świadczeń z tytułu choroby zawodowej na podstawie przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony zależy od lekarskiego stwierdzenia danej choroby po raz pierwszy na terytorium tej Umawiającej się Strony, warunek ten uważa się za spełniony również w przypadku, jeśli choroba została stwierdzona po raz pierwszy na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Jeśli przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony przewidują przyznanie świadczeń z tytułu choroby zawodowej wyłącznie pod warunkiem wykonywania działalności mogącej spowodować tę chorobę przez określony minimalny okres, to właściwa instytucja tej Umawiającej się Strony uwzględnia, o ile to konieczne, okresy, przez które działalność taka była wykonywana pod rządami przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 16

Odszkodowanie z tytułu choroby zawodowej

(1) Jeśli przysługiwałoby odszkodowanie z powodu choroby, pod rządami przepisów prawnych obu Umawiających się Stron, to świadczenia, z wyjątkiem rent z tytułu sklerogennej pylicy płuc, są przyznawane wyłącznie na podstawie przepisów prawnych tej Umawiającej się Strony, na której terytorium wykonywana była ostatnio praca, która mogła spowodować chorobę zawodową, o ile uprawniony spełnia warunki przewidziane tymi przepisami.

(2) W przypadku sklerogennej pylicy płuc, właściwa instytucja każdej Umawiającej się Strony wypłaca tylko część renty w wysokości odpowiadającej stosunkowi okresów ubezpieczenia wynikających z przepisów tej Strony według artykułu 17 ustęp 1 do łącznego okresu ubezpieczenia według przepisów obu Stron Umowy.

(3) Jeśli osoba, która zapadła na chorobę zawodową, już korzystała lub korzysta ze świadczeń spełnianych na rachunek instytucji jednej Umawiającej się Strony, wykonywała także zgodnie z przepisami

prawnymi drugiej Umawiającej się Strony działalność mogąca spowodować zapadnięcie na chorobę zawodową i występuje o świadczenia z tytułu pogorszenia stanu choroby zawodowej do instytucji drugiej Umawiającej się Strony, to instytucja pierwszej Umawiającej się Strony nadal wypłaca świadczenia nie uwzględniając pogorszenia, stosownie do obowiązujących ją przepisów. Właściwa instytucja drugiej Umawiającej się Strony przyznaje jej świadczenia w wysokości odpowiadającej różnicy między wysokością świadczeń należnych po pogorszeniu stanu zdrowia a wysokością świadczeń, które by się należały przed pogorszeniem zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi, tak jakby choroba wystąpiła pod rządami tych przepisów.

DZIAŁ 3

Starość, inwalidztwo i śmierć (emerytury i renty)

Artykuł 17

Zliczanie okresów ubezpieczenia

(1) Jeśli według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony nabycie, utrzymanie lub odzyskanie prawa do świadczeń zależy od przebycia okresów ubezpieczenia, to właściwa instytucja tej Umawiającej się Strony, w razie potrzeby, uwzględnia okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami przepisów drugiej Umawiającej się Strony, tak jakby to były okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami stosowanych przez nią przepisów prawnych.

(2) Jeśli przepisy prawne jednej Umawiającej się Strony uzależniają przyznanie niektórych świadczeń od przebycia okresów ubezpieczenia w zawodzie objętym systemem specjalnym, w określonym zawodzie lub określonym zatrudnieniu, to okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony są zaliczane dla celów przyznawania tych świadczeń jedynie wtedy, gdy zostały przebyte w ramach odpowiedniego systemu lub w przypadku jego braku, w tym zawodzie lub w tym zatrudnieniu.

(3) Jeżeli według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony okresy udzielania emerytur lub rent przedłużają okres, w którym muszą być przebyte okresy ubezpieczeniowe, wówczas okres ten wydłuża się także o odpowiednie okresy udzielania świadczeń emerytalnych i rentowych według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 18

Okresy ubezpieczenia krótsze niż jeden rok

(1) Jeśli okresy ubezpieczenia uwzględniane na podstawie przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony przy obliczaniu świadczenia nie osiągają łącznie dwunastu miesięcy, a biorąc pod uwagę tylko te okresy zainteresowany nie nabył prawa do świadczeń na podstawie tych przepisów, to według tych przepisów prawnych świadczenie nie jest przyznawane.

(2) Właściwa instytucja drugiej Umawiającej się Strony bierze pod uwagę okresy ubezpieczenia wymienione w ustępie 1, dla celów nabycia, utrzymania i odzyskania praw do świadczeń, jak również określenia ich wielkości, tak jakby były to okresy ubezpieczenia przebyte pod rządami stosowanych przez nią przepisów prawnych.

Artykuł 19

Ustalenie świadczeń austriackich

(1) Jeśli według austriackich przepisów prawnych istnieje prawo do świadczeń bez konieczności stosowania artykułu 17, to właściwa instytucja austriacka ustala świadczenie wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczeniowych uwzględnianych według austriackich przepisów prawnych.

(2) Jeżeli według austriackich przepisów prawnych istnieje uprawnienie do świadczeń jedynie przy zastosowaniu artykułu 17, to instytucja właściwa tej Umawiającej się Strony ustala świadczenie wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczenia nabytych pod rządami

austriackich przepisów prawnych oraz bierze pod uwagę następujące postanowienia:

1. Świadczenia lub świadczenia cząstkowe, których wysokość nie zależy od długości przebytych okresów ubezpieczenia, przysługują proporcjonalnie do stosunku między długością okresów ubezpieczenia uwzględnianych dla celów obliczania świadczeń według austriackich przepisów prawnych a okresem 30 lat, maksymalnie do pełnej wysokości.
2. Przy obliczaniu świadczeń z tytułu inwalidztwa lub świadczeń dla osób pozostałych przy życiu uwzględnia się okresy przebyte po wystąpieniu przypadku ubezpieczeniowego tylko proporcjonalnie do długości okresów ubezpieczeniowych uwzględnianych do obliczania świadczeń według austriackich przepisów prawnych w wysokości do dwóch trzecich pełnych miesięcy kalendarzowych, które upłynęły od ukończenia 16 roku życia przez daną osobę aż do realizacji ryzyka ubezpieczeniowego, najwyżej jednak do pełnego wymiaru.
3. Punkt 1 nie ma zastosowania
 - a) w przypadku świadczeń z ubezpieczeń dodatkowych,
 - b) w przypadku świadczeń przyznawanych na podstawie zarobków lub świadczeń cząstkowych zapewniających dochód minimalny.

Artykuł 20

Ustalenie świadczeń polskich

(1) Jeśli według polskich przepisów prawnych istnieje uprawnienie do świadczeń bez konieczności stosowania artykułu 17, to właściwa instytucja polska ustala prawo do świadczeń wyłącznie na podstawie okresów ubezpieczenia zaliczanych w myśl przepisów polskich.

(2) Jeśli zgodnie z przepisami polskimi spełnione są warunki nabycia prawa do świadczeń jedynie przy zastosowaniu artykułu 17, to właściwa instytucja polska wypłaca świadczenie, którego wysokość odpowiada co do zasady stosunkowi długości okresów ubezpieczenia

przebytych w myśl przepisów polskich w stosunku do całego uwzględnionego okresu ubezpieczenia. W tym celu instytucja polska określa podstawę wymiaru świadczenia przy zastosowaniu polskich przepisów prawnych. Następnie oblicza teoretyczną wysokość świadczenia, które przysługiwałoby ubezpieczonemu, gdyby zliczone okresy ubezpieczenia przebyte zostały zgodnie z obowiązującymi ją przepisami prawnymi. Instytucja polska ustala następnie rzeczywistą, obciążając ją kwotę świadczenia zgodnie ze stosunkiem okresów przebytych na podstawie obowiązujących ją przepisów do całości uwzględnionego okresu.

DZIAŁ 4

Bezrobocie

Artykuł 21

Sumowanie okresów ubezpieczenia

(1) Okresy ubezpieczeniowe przebyte zgodnie z przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony uwzględniane są przy ustalaniu prawa do świadczeń z tytułu bezrobocia zgodnie z przepisami prawnymi drugiej Umawiającej się Strony, o ile bezrobotny na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie dochodzi roszczeń o świadczenie, był ubezpieczony jako pracownik w okresie ostatnich 12 miesięcy przed złożeniem wniosku o świadczenie łącznie co najmniej przez połowę okresu wymaganego przez przepisy prawne tej Umawiającej się Strony do nabycia uprawnień do świadczenia bez naruszenia przepisów o zatrudnianiu cudzoziemców.

(2) Określony w ustępie 1 warunek minimalnego okresu zatrudnienia na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie składany jest wniosek o świadczenie, nie jest stosowany wobec bezrobotnych, których zatrudnienie przewidziane było co najmniej na okres, o którym mowa w ustępie 1, a które nie z ich winy zakończyło się przed przepracowaniem wymaganego minimalnego okresu zatrudnienia, lub bezrobotnych, którzy posiadają obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, gdzie składają wniosek o świadczenie.

Artykuł 22

Okres pobierania świadczeń

Okres, przez jaki otrzymywane jest świadczenie zostaje skrócony o czas, w którym bezrobotny już otrzymywał świadczenie z tytułu bezrobocia na terytorium drugiej Umawiającej się Strony przez ostatnie dwanaście miesięcy poprzedzających dzień złożenia wniosku.

ROZDZIAŁ IV

POSTANOWIENIA RÓŻNE

Artykuł 23

Zadania właściwych władz Pomoc urzędowa i prawna

(1) Właściwe władze ustalą, w formie porozumienia, środki administracyjne konieczne dla stosowania niniejszej Umowy.

(2) Właściwe władze obu Umawiających się Stron informują się wzajemnie

a) o wszelkich działaniach podejmowanych w celu stosowania niniejszej Umowy,

b) o wszelkich zmianach ich przepisów prawnych, które mogą wpłynąć na stosowanie niniejszej Umowy.

(3) Przy stosowaniu niniejszej Umowy władze i instytucje Umawiających się Stron pomagają sobie wzajemnie i postępują tak, jakby chodziło o stosowanie ich własnych przepisów prawnych. Powyższa pomoc urzędowa jest bezpłatna.

(4) W celu stosowania niniejszej Umowy instytucje i władze Umawiających się Stron mogą porozumiewać się bezpośrednio ze sobą, jak również z zainteresowanymi osobami lub ich pełnomocnikami.

(5) Instytucje i władze jednej Umawiającej się Strony nie mogą odrzucić złożonych do nich wniosków i innych pism z tego powodu, że zostały one sporządzone w języku urzędowym drugiej Umawiającej się Strony.

(6) Badania lekarskie, przewidziane przepisami prawnymi tylko jednej Umawiającej się Strony, dotyczące osób przebywających lub mieszkających na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, są przeprowadzane przez instytucję miejsca pobytu lub zamieszkania, na wniosek instytucji właściwej i na jej koszt.

Jeżeli badania lekarskie są przewidziane przepisami prawnymi obu Umawiających się Stron, to są one przeprowadzane przez instytucję miejsca pobytu lub zamieszkania, na jej koszt.

(7) Przy udzielaniu sądowej pomocy prawnej mają zastosowanie postanowienia dotyczące pomocy prawnej w sprawach cywilnych.

Artykuł 24

Instytucje łącznikowe

W celu ułatwienia realizacji niniejszej Umowy, a w szczególności w celu stworzenia możliwości łatwego i szybkiego kontaktowania się ze sobą upoważnionych instytucji obu Stron, właściwe władze powołują instytucje łącznikowe.

Artykuł 25

Zwolnienie od podatków Zwolnienie z obowiązku uwierzytelniania

(1) Przewidziane przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony wszelkie zwolnienia lub obniżenia podatków, opłat skarbowych, sądowych lub rejestracyjnych z tytułu pism lub świadectw, jakie należy przedłożyć stosownie do niniejszych przepisów prawnych, rozciąga się na odpowiednie pisma i dokumenty, jakie należy przedstawić stosownie

do niniejszej Umowy lub przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wszelkie świadectwa, dokumenty i pisma, jakie należy przedłożyć w celu stosowania niniejszej Umowy, nie wymagają uwierzytelnienia.

Artykuł 26

Ochrona danych

(1) Jeżeli na mocy Umowy lub porozumienia wykonawczego będą przekazywane dane osobowe między władzami lub instytucjami Stron Umowy, wówczas w zakresie ochrony danych obowiązuje prawo Strony przekazującej dane. W przypadku dalszego wykorzystywania, gromadzenia cyfrowego, przetwarzania lub usuwania danych przez Stronę przyjmującą, obowiązują przepisy o ochronie danych Strony przyjmującej. Strona Umowy przyjmująca dane powinna dążyć do zabezpieczenia w podstawowych kwestiach takich standardów dotyczących ochrony danych, jakie w danym przypadku obowiązują Stronę Umowy przekazującą dane.

(2) Wykorzystywanie danych osobowych do celów innych niż zabezpieczenie społeczne może odbywać się wyłącznie za zgodą zainteresowanej osoby.

Artykuł 27

Składanie pism

(1) Wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze, które stosownie do niniejszej Umowy lub przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony składane są władzom, w instytucjach lub w innych odpowiednich organizacjach jednej Umawiającej się Strony, traktowane są jak wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze złożone władzom, w instytucjach lub w innych odpowiednich organizacjach drugiej Umawiającej się Strony.

(2) Wniosek o przyznanie świadczenia według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony uważa się także za wniosek o przyznanie odpowiedniego świadczenia według przepisów prawnych drugiej Umawiającej się Strony, o ile możliwe jest udzielenie świadczenia w świetle niniejszej Umowy. Postanowienia tego nie stosuje się, gdy wnioskodawca wyraźnie wnosi o to, aby ustalenie świadczeń z tytułu starości nabytych według przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, zostało odroczone.

(3) Wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze, które stosownie do przepisów prawnych jednej Umawiającej się Strony, należy złożyć w określonym terminie władzy, instytucji lub innej właściwej organizacji tej Umawiającej się Strony, mogą być składane w tym samym terminie do odpowiednich placówek drugiej Umawiającej się Strony.

(4) W przypadkach, o których mowa w ustępach od 1 do 3, placówka w której wnioski, oświadczenia lub środki odwoławcze zostały złożone, przekazuje je niezwłocznie bezpośrednio lub za pośrednictwem instytucji łącznikowych Umawiających się Stron odpowiedniej, właściwej placówce drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 28

Przekazywanie należnych kwot

(1) Instytucje zobowiązane w myśl niniejszej Umowy do wypłaty świadczeń mogą realizować świadczenia wobec osób uprawnionych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony ze skutkiem uwalniającym w walucie krajowej obowiązującej na ich terytorium lub w innej walucie wymiennej.

(2) Zwroty kosztów określone w niniejszej Umowie ustalane są w walucie tej Umawiającej się Strony, na terytorium której znajduje się siedziba instytucji, która przyznała świadczenie.

(3) Przekazy kwot, jakie wynikają ze stosowania niniejszej Umowy, realizuje się zgodnie z porozumieniami obowiązującymi w tym przedmiocie obie Umawiające się Strony w chwili dokonywania przekazu.

Artykuł 29

Postępowanie egzekucyjne

(1) Wykonalne wyroki sądowe jak również wykonalne decyzje i zaległe dowody (świadcstwa) instytucji lub władz jednej Umawiającej się Strony dotyczące składek i innych zobowiązań z zabezpieczenia społecznego będą uznawane przez drugą Umawiającą się Stronę.

(2) Uznania można odmówić tylko wtedy, gdy jest ono sprzeczne z zasadami współżycia społecznego Umawiającej się Strony, która powinna uznać wyrok lub świadcstwo.

(3) Wykonalne wyroki i świadcstwa uznane zgodnie z ustępem 1 podlegają wykonaniu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony. Postępowanie egzekucyjne odbywa się zgodnie z przepisami prawnymi obowiązującymi na terytorium tej Umawiającej się Strony, gdzie ma miejsce wykonanie, właściwymi w przypadku wyroków i świadcstw wydanych na terytorium tej Umawiającej się Strony. Egzemplarz wyroku lub świadcstwa musi zawierać potwierdzenie wykonalności (klauzulę wykonalności).

Artykuł 30

Kompensacja zaliczek

(1) Jeżeli instytucja jednej Umawiającej się Strony wypłaciła zaliczkę, to przypadająca za ten sam okres płatność świadczenia, należnego zgodnie z przepisami prawnymi drugiej Umawiającej się Strony, może być wstrzymana. Jeżeli instytucja jednej Umawiającej się Strony spełniła świadczenie za okres, za który instytucja drugiej Umawiającej się Strony realizuje dodatkowo odpowiednie świadczenie, w wysokości wyższej niż należna, to kwota nadwyżki – do wysokości dodatkowego świadczenia – będzie traktowana jako zaliczka w rozumieniu zdania pierwszego.

(2) Jeżeli instytucja pomocy społecznej jednej Umawiającej się Strony przyznała świadczenie na określony okres, za który uprawniony

dotatkowo nabywa prawa do świadczeń zgodnie z przepisami drugiej Umawiającej się Strony, to właściwa instytucja tej Umawiającej się Strony, na prośbę i rachunek instytucji pomocy społecznej, wstrzymuje wypłatę przypadających za ten sam okres należności, do wysokości świadczeń wypłacanych przez pomoc społeczną, tak jakby chodziło o świadczenie spełniane przez instytucję pomocy społecznej drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 31

Odszkodowanie

(1) Jeśli osoba, która zgodnie z przepisami prawnymi jednej Umawiającej się Strony ma uzyskać świadczenia z tytułu wynagrodzenia szkody zaistniałej na skutek zdarzeń na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, ma roszczenie o odszkodowanie do osoby trzeciej zgodnie z przepisami prawnymi tej Strony, to prawo to przechodzi na instytucję pierwszej Umawiającej się Strony zgodnie z obowiązującymi ją przepisami.

(2) Jeśli roszczenia o odszkodowanie dotyczące jednakowych świadczeń z tytułu wynagrodzenia tej samej szkody przysługują zarówno instytucji pierwszej Umawiającej się Strony jak i instytucji drugiej Umawiającej się Strony, to osoba trzecia może zaspokoić roszczenia, które zgodnie z ustępem 1 przeszły na obie instytucje, ze skutkiem uwalniającym dokonując płatności na rzecz jednej lub drugiej instytucji. W relacjach wewnętrznych instytucje są zobowiązane do rekompensowania szkód, proporcjonalnie do spełnianych przez siebie świadczeń.

Artykuł 32

Rozstrzyganie spraw spornych

Sprawy sporne pomiędzy obu Umawiającymi się Stronami dotyczące wykładni lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane, o ile to możliwe, przez właściwe władze obu Umawiających się Stron.

ROZDZIAŁ V

Postanowienia przejściowe i końcowe

Artykuł 33

Postanowienia przejściowe

(1) Niniejsza Umowa nie uzasadnia roszczeń o wypłatę świadczeń za okres poprzedzający datę jej wejścia w życie.

(2) Do ustalenia praw, do których podstawę daje niniejsza Umowa, brane są pod uwagę także te okresy ubezpieczenia, które zostały przebyte zgodnie z przepisami Umawiającej się Strony przed datą wejścia w życie niniejszej Umowy.

(3) Przy stosowaniu ustępu 2 okresy ubezpieczenia przebyte na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej przed dniem 27 listopada 1961 roku, które w myśl austriackich przepisów prawnych dotyczących prawa do świadczeń i ekspektatywy na przyszłe prawo uwzględniane są w ubezpieczeniu emerytalnym z tytułu zatrudnienia za granicą jako okresy ubezpieczenia, traktuje się wyłącznie jako austriackie okresy ubezpieczenia.

(4) Z zastrzeżeniem ustępu 1 niniejsza Umowa ma zastosowanie także do zdarzenia ubezpieczeniowego, które wystąpiło przed jej wejściem w życie, chyba że z tytułu uprzednio przyznanych uprawnień uregulowano należne świadczenia w formie skapitalizowanej.

(5) Prawo do świadczeń, które są należne dopiero na podstawie niniejszej Umowy, ustala się na wniosek uprawnionego począwszy od daty wejścia w życie niniejszej Umowy. Jeśli wniosek zostaje zgłoszony w terminie dwóch lat od daty wejścia niniejszej Umowy w życie, to prawa do świadczeń przyznawane są począwszy od daty wejścia niniejszej Umowy w życie, w przeciwnym razie od dnia określonego przepisami prawnymi każdej z Umawiających się Stron.

(6) Prawo do świadczeń, które zostały ustalone przed wejściem w życie niniejszej Umowy nie będzie ustalane ponownie.

Artykuł 34

Postanowienia końcowe

(1) Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji. Dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w Wiedniu.

(2) Niniejsza Umowa wejdzie w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca, który nastąpi po dniu wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

(3) Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron pisemnie w drodze notyfikacji, nie później jednak niż na trzy miesiące przed upływem danego roku kalendarzowego; w takim przypadku utraci moc z końcem tego roku.

(4) W przypadku wypowiedzenia Umowy wszelkie prawa nabyte na mocy jej postanowień zostaną utrzymane.

W dowód czego Pełnomocnicy podpisali niniejszą Umowę i opatrzyli ją pieczęciami.

Sporządzono w Warszawie, dnia 7 września 1998 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Austrii

(-) E. Hostasch

W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej

(-) L.Komołowski

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 29. September 2000 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 34 Abs. 2 mit 1. Dezember 2000 in Kraft.

Schüssel

213.**VEREINBARUNG****ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK POLEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT**

Auf Grund des Artikels 23 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Polen über soziale Sicherheit *) vom 7. September 1998 – im Folgenden als Abkommen bezeichnet – haben die zuständigen Behörden, und zwar:

- in der Republik Österreich
die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit,
- in der Republik Polen
der Minister für Arbeit und Sozialpolitik und die Ministerin für Gesundheit,

die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen festgelegt und Folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I**ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN****Artikel 1****Begriffsbestimmungen**

In dieser Vereinbarung werden die in Artikel 1 des Abkommens festgelegten Ausdrücke in derselben Bedeutung verwendet, die ihnen im genannten Artikel gegeben wird.

Artikel 2**Verbindungsstellen**

Verbindungsstellen nach Artikel 24 des Abkommens sind

1. in der Republik Österreich
 - a) für die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung:
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,
 - b) für das Arbeitslosengeld:
Landesgeschäftsstelle Niederösterreich des Arbeitsmarktservice;
2. in der Republik Polen
 - a) für die Geldleistungen aus der Kranken-, Unfall-, Pensions- und Rentenversicherung:
Sozialversicherungsanstalt, Landwirtschaftliche Sozialversicherungskasse für die Sozialversicherung der Landwirte,
 - b) für die Sachleistungen:
Ministerium für Gesundheit,
 - c) für die Leistungen bei Arbeitslosigkeit:
Landesarbeitsamt.

Artikel 3**Aufgaben der Verbindungsstellen**

(1) Den Verbindungsstellen obliegen die im Abkommen und in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben. Bei Durchführung des Abkommens können sie miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten in Verbindung treten. Sie haben einander bei Durchführung des Abkommens zu unterstützen.

(2) Die Verbindungsstellen haben die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Formblätter festzulegen.

ABSCHNITT II**BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN****Artikel 4****Entsendungen von Dienstnehmern, Wahl der Rechtsvorschriften des Entsendestaates**

(1) In den Fällen der Artikel 7 und 8 des Abkommens hat der Träger des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, über Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, dass für den Dienstnehmer hinsichtlich der betreffenden Beschäftigung diese Rechtsvorschriften gelten.

*) Kundgemacht in BGBl. III Nr. 212/2000

- (2) Die Bescheinigungen nach Absatz 1 sind auszustellen
- bei Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften vom zuständigen Träger der Krankenversicherung,
 - bei Anwendung der polnischen Rechtsvorschriften von den zuständigen Stellen der Sozialversicherungsanstalt.

ABSCHNITT III BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1 Krankheit und Mutterschaft

Artikel 5

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Für die Anwendung des Artikels 10 des Abkommens durch einen Träger eines Vertragsstaates hat die betreffende Person eine Bescheinigung über die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates in Betracht kommenden Versicherungszeiten vorzulegen. Die Bescheinigung ist auf Ersuchen der betreffenden Person auszustellen

- in der Republik Österreich
vom Träger der Krankenversicherung,
- in der Republik Polen
von dem in Betracht kommenden Träger der Gesundheits- oder Krankenversicherung.

(2) Legt die betreffende Person die Bescheinigung nicht vor, so kann der zuständige Träger den in Absatz 1 bezeichneten Träger des anderen Vertragsstaates um Ausstellung und Übersendung der Bescheinigung ersuchen.

Artikel 6

Gewährung von Sachleistungen

(1) Für die Anwendung des Artikels 11 Absätze 1, 2 und 4 des Abkommens hat die betreffende Person dem für die Gewährung von Sachleistungen in Betracht kommenden Träger des Aufenthaltsortes zum Nachweis des Anspruches eine Bescheinigung des zuständigen Trägers vorzulegen. Legt die betreffende Person die Bescheinigung nicht vor, so hat der zuständige Träger über Ersuchen des Trägers des Aufenthaltsortes nachträglich eine solche Bescheinigung auszustellen.

(2) Der Träger des Aufenthaltsortes hat die Krankenkontrolle durchzuführen, als handle es sich um einen eigenen Versicherten; der zuständige Träger ist vom Ergebnis der Kontrolle zu unterrichten.

(3) Wird Krankenhauspflege gewährt, so hat der Träger des Aufenthaltsortes dem zuständigen Träger unverzüglich den Tag der Aufnahme in das Krankenhaus und die voraussichtliche Dauer des Aufenthaltes sowie den Tag der Entlassung mitzuteilen.

(4) Sachleistungen im Sinne des Artikels 11 Absatz 2 des Abkommens sind, soweit sie nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaates vorgesehen sind:

1. Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und Stützapparate einschließlich gewebebespannter orthopädischer Korsette nebst Ergänzungsstücken, Zubehör und Werkzeugen;
2. orthopädische Maßschuhe, gegebenenfalls mit dem dazugehörigen Normalschuh (nicht orthopädisch);
3. Kiefer- und Gesichtsplastiken, Perücken;
4. Modellabdrucke (Nachbildungen der verschiedenen Körperteile), die benutzt werden, um die unter den Ziffern 1 bis 3 genannten Gegenstände richtig anzupassen;
5. Kunstaugen, Kontaktschalen, Vergrößerungsbrillen und Fernrohrbrillen;
6. Hörgeräte;
7. Zahnersatz (festsitzender und herausnehmbarer) und Verschlussprothesen der Mundhöhle;
8. Krankenfahrzeuge, Rollstühle sowie andere mechanische Fortbewegungsmittel;
9. Erneuerung der unter den Ziffern 1 bis 8 genannten Gegenstände;
10. Blindenführhunde;
11. Kuren und ähnliche Behandlungen;
12. Maßnahmen der medizinischen und beruflichen Wiedereingliederung;
13. alle übrigen Heilbehelfe, Hilfsmittel und Ähnliches, deren Anschaffungskosten 150 Euro übersteigen.

Sind solche Leistungen wegen unbedingter Dringlichkeit gewährt worden, so hat der Träger des Aufenthaltsortes dies unverzüglich dem zuständigen Träger mitzuteilen.

Artikel 7**Erstattung der Kosten von Sachleistungen bei Nichteinhaltung des vorgesehenen Verfahrens**

Die entstandenen Aufwendungen sind auf Antrag der betreffenden Person vom zuständigen Träger nach den für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Sätzen zu erstatten, sofern die vorgesehenen Verfahrensregelungen nicht eingehalten werden konnten. Dieser Träger hat dem zuständigen Träger auf dessen Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Artikel 8**Zahlung von Geldleistungen**

Geldleistungen sind den Berechtigten vom zuständigen Träger direkt zu zahlen; Artikel 6 Absatz 2 gilt entsprechend.

Kapitel 2**Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 9****Gewährung von Sachleistungen**

In den Fällen des Artikels 14 Absatz 1 des Abkommens sind die Artikel 6 und 7 entsprechend anzuwenden.

Artikel 10**Zahlung von Geldleistungen**

Die zuständigen Träger haben Renten und andere Geldleistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.

Artikel 11**Statistiken**

Die Verbindungsstellen der beiden Vertragsstaaten haben Statistiken über die nach dem Abkommen an die Berechtigten vorgenommenen Zahlungen auszutauschen. Die Zusammenstellung dieser Statistiken erfolgt jährlich in einer von den Verbindungsstellen festzulegenden Form und ist der anderen Seite zu übermitteln.

Kapitel 3**Alter, Invalidität und Tod (Pensionen und Renten)****Artikel 12****Bearbeitung der Leistungsanträge**

(1) Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich über jeden Leistungsantrag, auf den Abschnitt III Kapitel 3 in Verbindung mit Artikel 27 Absatz 2 des Abkommens anzuwenden ist, unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen zu unterrichten.

(2) Die zuständigen Träger haben in der Folge einander auch die sonstigen für eine Leistungsfeststellung erheblichen Tatsachen, gegebenenfalls unter Beifügung ärztlicher Gutachten, mitzuteilen.

(3) Die zuständigen Träger haben einander über die Entscheidungen im Feststellungsverfahren zu unterrichten.

Artikel 13**Zahlung von Geldleistungen**

Die zuständigen Träger haben Pensionen, Renten und andere Geldleistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.

Artikel 14**Statistiken**

Auf Pensionen und Renten ist Artikel 11 entsprechend anzuwenden.

Kapitel 4
Arbeitslosigkeit

Artikel 15
Gewährung von Leistungen

In den Fällen der Artikel 21 und 22 des Abkommens hat die betreffende Person dem zuständigen Träger des einen Vertragsstaates eine Bescheinigung des zuständigen Trägers des anderen Vertragsstaates vorzulegen, aus der die Versicherungszeiten, die sie nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegt hat, und Zeiten, während derer sie Arbeitslosengeld vom anderen Vertragsstaat bezogen hat, hervorgehen. Legt die betreffende Person die Bescheinigung nicht vor, so kann die Verbindungsstelle des einen Vertragsstaates die Verbindungsstelle des anderen Vertragsstaates um Ausstellung und Übermittlung einer solchen Bescheinigung ersuchen.

ABSCHNITT IV
FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Artikel 16
Kostenerstattung

Für die Durchführung des Artikels 13 und des Artikels 14 Absatz 3 des Abkommens ist der Anspruch auf Erstattung der Kosten von Sachleistungen nach Abschluss des Leistungsfalles oder für jedes Kalendervierteljahr geltend zu machen und binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung zu erfüllen.

ABSCHNITT V
SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 17
Geltungsdauer

Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft und bleibt solange wie das Abkommen in Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 19. September 2000 in zwei Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen der Republik Österreich:

Siedl

Für den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich:

Ehrenreich

Für den Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Polen:

Gozdka

Für die Ministerin für Gesundheit der Republik Polen:

Wierzbę

Porozumienie

w sprawie realizacji Umowy między Republiką Austrii a Rzeczpospolitą Polską o zabezpieczeniu społecznym

Na podstawie artykułu 23 ustęp 1 Umowy między Republiką Austrii a Rzeczpospolitą Polską z dnia 7 września 1998 roku o zabezpieczeniu społecznym – zwanej dalej Umową - właściwe władze:

w Republice Austrii – Federalna Minister Bezpieczeństwa Socjalnego i Pokoleń oraz Federalny Minister Gospodarki i Pracy,

w Rzeczypospolitej Polskiej – Minister Pracy i Polityki Społecznej oraz Minister Zdrowia

ustanowiły środki administracyjne konieczne do realizacji Umowy i uzgodniły co następuje:

ROZDZIAŁ I

POSTANOWIENIA OGÓLNE

Artykuł 1

Definicje

W niniejszym Porozumieniu stosuje się pojęcia określone w artykule 1 Umowy w takim samym znaczeniu, jakie nadaje im powołany artykuł.

Artykuł 2

Instytucje łącznikowe

Instytucjami łącznikowymi według artykułu 24 Umowy są:

1) w Republice Austrii:

- a) w odniesieniu do ubezpieczenia chorobowego, wypadkowego i emerytalnego:
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
(Zrzeszenie austriackich instytucji ubezpieczeń społecznych),
- b) w odniesieniu do zasiłków dla bezrobotnych:
Landesgeschäftsstelle Niederösterreich des Arbeitsmarktservice
(Oddział Urzędu Pracy dla Dolnej Austrii),

2) w Rzeczypospolitej Polskiej:

- a) w odniesieniu do świadczeń pieniężnych z ubezpieczenia chorobowego, wypadkowego, emerytalnego i rentowego:
Zakład Ubezpieczeń Społecznych,
Kasa Rolniczego Ubezpieczenia Społecznego - z ubezpieczenia społecznego rolników,
- b) w odniesieniu do świadczeń rzeczowych:
Ministerstwo Zdrowia,
- c) w odniesieniu do świadczeń z tytułu bezrobocia:
Krajowy Urząd Pracy.

Artykuł 3
Zadania instytucji łącznikowych

1. Instytucje łącznikowe wykonują zadania określone w Umowie oraz w niniejszym Porozumieniu. Celem realizacji Umowy mogą kontaktować się ze sobą oraz z zainteresowanymi osobami lub ich pełnomocnikami. Są obowiązane wspierać się wzajemnie w ramach realizacji Umowy.
2. Instytucje łącznikowe uzgadniają wzory formularzy wymaganych przy realizacji niniejszego Porozumienia.

ROZDZIAŁ II

OKREŚLENIE STOSOWANYCH PRZEPISÓW PRAWNYCH

Artykuł 4
**Delegowanie służbowe,
wybór przepisów prawnych państwa wysyłającego**

1. W przypadkach określonych w artykułach 7 i 8 Umowy instytucja Państwa, którego przepisy prawne mają zastosowanie, jest obowiązana wystawić zaświadczenie o stosowaniu wobec danego pracownika tych przepisów prawnych.
2. Zaświadczenia określone w ustępie 1 wystawiane będą:
 - przy stosowaniu austriackich przepisów prawnych przez właściwą instytucję ubezpieczenia chorobowego,
 - przy stosowaniu polskich przepisów prawnych przez właściwe jednostki Zakładu Ubezpieczeń Społecznych.

ROZDZIAŁ III

PRZEPISY SZCZEGÓLNE

DZIAŁ 1

Choroba i macierzyństwo

Artykuł 5

Zliczanie okresów ubezpieczenia

1. Dla stosowania artykułu 10 Umowy przez instytucję jednego Państwa osoba zainteresowana obowiązana jest do przedłożenia zaświadczenia o okresach ubezpieczenia przebytych według przepisów prawnych drugiego Państwa. Zaświadczenia takie na wniosek osoby zainteresowanej wystawiane będą:

- w Republice Austrii
przez instytucję ubezpieczenia chorobowego,
- w Rzeczypospolitej Polskiej
przez właściwą instytucję ubezpieczenia zdrowotnego lub chorobowego.

2. Jeżeli osoba zainteresowana nie przedłoży zaświadczenia, właściwa instytucja może zwrócić się do określonej w ustępie 1 instytucji drugiego Państwa z wnioskiem o wystawienie i przesłanie zaświadczenia.

Artykuł 6

Przyznanie świadczeń rzeczowych

1. W zastosowaniu artykułu 11 ustępów 1, 2 i 4 Umowy osoba zainteresowana obowiązana jest do przedłożenia instytucji miejsca pobytu właściwej dla udzielenia świadczeń rzeczowych zaświadczenia wystawionego przez instytucję właściwą dla potwierdzenia jej uprawnień. Jeżeli osoba zainteresowana nie przedłoży zaświadczenia, właściwa instytucja ma obowiązek wystawić takie zaświadczenie w terminie późniejszym, na wniosek instytucji miejsca pobytu.

2. Instytucja miejsca pobytu ma obowiązek przeprowadzenia kontroli chorego, tak jakby chodziło o jej własnego ubezpieczonego; o wynikach kontroli należy powiadomić właściwą instytucję.

3. W przypadku leczenia szpitalnego instytucja miejsca pobytu obowiązana jest do poinformowania niezwłocznie właściwej instytucji o dniu przyjęcia do szpitala, przewidywanym okresie pobytu oraz dniu wypisania.

4. O ile przewidują to przepisy prawne państwa pobytu, świadczeniami rzeczowymi w rozumieniu artykułu. 11 ustęp 2 Umowy są:

- 1) protezy, aparaty ortopedyczne i podtrzymujące łącznie z płóciennymi gorsetami ortopedycznymi z przynależnymi częściami uzupełniającymi, dodatkami i narzędziami,
- 2) obuwie ortopedyczne na miarę, w razie potrzeby wraz z przynależnym butem normalnym (nieortopedycznym),
- 3) plastyczne elementy szczęki, żuchwy i twarzy, peruki,
- 4) wyciski (modelowanie różnych części ciała), wykorzystywane do właściwego dopasowania przedmiotów wymienionych w punktach 1-3,
- 5) sztuczne gałki oczne, szkła kontaktowe, okulary powiększające i lunetowe,
- 6) aparaty słuchowe,
- 7) protezy stomatologiczne (stałe i wyjmowane), protezy jamy ustnej,
- 8) pojazdy dla chorych, wózki inwalidzkie oraz inne mechaniczne aparaty pomocne w poruszaniu się,
- 9) odnawianie świadczeń wymienionych w punktach 1 do 8,
- 10) psy-przewodniki niewidomych,
- 11) leczenie uzdrowiskowe,
- 12) działania podjęte dla rehabilitacji zdrowotnej i zawodowej,
- 13) wszystkie inne środki pomocnicze i podobne, których koszt przekracza kwotę 150 euro.

Jeżeli świadczenia takie zostały przyznane w przypadku natychmiastowej konieczności, instytucja miejsca pobytu jest obowiązana powiadomić o tym niezwłocznie właściwą instytucję.

Artykuł 7

Refundacja kosztów świadczeń rzeczowych przy niedotrzymaniu przewidzianej procedury

Jeżeli nie było możliwe dotrzymanie przewidzianych zasad postępowania, powstałe koszty, na wniosek osoby zainteresowanej, powinny zostać zrefundowane przez właściwą instytucję według stawek instytucji miejsca pobytu. Instytucja ta zobowiązana jest do udzielenia właściwej instytucji – na jej żądanie - wymaganych informacji.

Artykuł 8

Wyplata świadczeń pieniężnych

Właściwa instytucja wypłaca świadczenia pieniężne bezpośrednio osobom uprawnionym; stosuje się odpowiednio artykuł 6 ustęp 2.

DZIAŁ 2

Wypadki przy pracy i choroby zawodowe

Artykuł 9

Przyznanie świadczeń rzeczowych

W przypadkach określonych w artykule 14 ustęp 1 Umowy stosuje się odpowiednio artykuły 6 i 7.

Artykuł 10

Wyplata świadczeń pieniężnych

Właściwe instytucje wypłacać będą renty i inne świadczenia pieniężne bezpośrednio osobom uprawnionym.

Artykuł 11 **Statystyka**

Instytucje łącznikowe obu Państw są obowiązane do wymiany danych statystycznych dotyczących wypłat dokonanych na rzecz osób uprawnionych na podstawie zawartej Umowy. Zestawienia danych statystycznych będą sporządzane rocznie w formie ustalonej między instytucjami łącznikowymi i mają być przekazywane drugiej stronie.

DZIAŁ 3

Starość, inwalidztwo i śmierć (emerytury i renty)

Artykuł 12

Rozpatrywanie wniosków o przyznanie świadczeń

1. Właściwe instytucje mają niezwłocznie informować się nawzajem o każdym wniosku o przyznanie świadczenia, do którego stosuje się rozdział III dział 3 w powiązaniu z artykułem 27 ustęp 2 Umowy, załączając wymaganą dokumentację.
2. Właściwe instytucje mają powiadamiać się nawzajem również o pozostałych faktach, istotnych dla ustalenia świadczenia, załączając w razie potrzeby opinie lekarskie.
3. Właściwe instytucje mają informować się nawzajem o decyzjach podjętych w wyniku procedury ustalenia.

Artykuł 13

Wypłata świadczeń pieniężnych

Właściwe instytucje dokonują wypłaty emerytur, rent i innych świadczeń pieniężnych bezpośrednio osobom uprawnionym.

Artykuł 14 **Statystyka**

W odniesieniu do emerytur i rent stosuje się odpowiednio artykuł 11.

DZIAŁ 4

Bezrobocie

Artykuł 15

Przyznanie świadczeń

W przypadkach określonych w artykułach 21 i 22 Umowy osoba zainteresowana ma przedłożyć właściwej instytucji jednego Państwa wydane przez właściwą instytucję drugiego Państwa zaświadczenie, z którego wynikają okresy ubezpieczenia przebyte według przepisów prawnych drugiego Państwa oraz okresy, podczas których pobierała zasiłek dla bezrobotnych według przepisów prawnych drugiego Państwa. Jeżeli osoba zainteresowana nie przedstawi zaświadczenia, instytucja łącznikowa jednego Państwa może zwrócić się do instytucji łącznikowej drugiego Państwa o wystawienie i przekazanie takiego zaświadczenia.

ROZDZIAŁ IV

POSTANOWIENIA FINANSOWE

Artykuł 16

Zwrot kosztów

Celem wykonania postanowień artykułu 13 oraz artykułu 14 ustęp 3 Umowy roszczenia dotyczącego zwrotu kosztów świadczeń rzeczowych należy dochodzić po zamknięciu świadczenia lub za każdy kwartał roku kalendarzowego i realizować w ciągu dwóch miesięcy od wypłynięcia roszczenia.

ROZDZIAŁ V**POSTANOWIENIA KOŃCOWE****Artykuł 17**
Okres obowiązywania

Niniejsze Porozumienie wchodzi w życie jednocześnie z Umową i pozostaje w mocy tak długo, jak Umowa.

Sporządzono w Wiedniu w dniu 19 września 2000r. w dwóch egzemplarzach każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu

Federalnej Minister
Bezpieczeństwa
Socjalnego i Pokoleń
Republiki Austrii

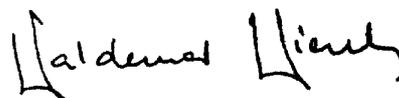
W imieniu

Federalnego Ministra
Gospodarki i Pracy
Republiki Austrii

W imieniu

Ministra Pracy i Polityki Społecznej
Rzeczypospolitej Polskiej

W imieniu

Ministra Zdrowia
Rzeczypospolitej Polskiej

Die Vereinbarung tritt gemäß ihrem Art. 17 mit 1. Dezember 2000 in Kraft.

Schüssel